

 Gemeinsam Durchstarten



11 Forderungen für den Niederrhein

IHK-Positionen zur Bundestagswahl 2021



**Niederrheinische Industrie-
und Handelskammer**
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Corona-Pandemie hat jeden einzelnen von uns, unsere Gesellschaft und unsere Unternehmen gefordert – und noch ist die Krise nicht vorbei. Vielen Unternehmen wurde von einem Tag auf den anderen die Geschäftsgrundlage entzogen. Handel und besonders Hotellerie, Gastronomie, Reisebüros, Caterer und Eventagenturen leiden bis heute unter den Einschränkungen und deren Folgen. Perspektiven haben sich deutlich später eröffnet als erhofft und erwartet. Anders in der Industrie: Die verarbeitenden Betriebe haben uns einigermaßen gut durch die Krise getragen. Wie schon in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 stabilisiert die Industrie damit die Gesamtwirtschaft.

Politik und Verwaltung haben in den vergangenen Monaten vieles bewegt. Doch nicht alles geht glatt angesichts so einer Ausnahmesituation. Was die Wirtschaft jetzt braucht, sind Verlässlichkeit bei der Steuer- und Abgabepolitik und mehr Spielräume durch Abbau von Bürokratie und vereinfachten Genehmigungsverfahren. Wie kommen wir nach der Pandemie wieder in Tritt? Der Rahmen dafür wird vor allem in Berlin gesetzt.

Auf den folgenden Seiten haben wir die Themen zusammengestellt, auf die es für unsere Region, für Duisburg und den Niederrhein, besonders ankommt. Zum Gelingen eines Re-Starts braucht es eine gute Mischung aus schnellem Handeln, mit Erneuerung der Infrastruktur, Mut zur Veränderung, z. B. mit neuen Technologien wie Wasserstoff und neuen Ideen, z. B. durch Gründer und Start-ups. Die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft wird auch davon abhängen, wie gut es uns gelingt, Fachkräfte zu sichern und die Ausbildung zu stärken.

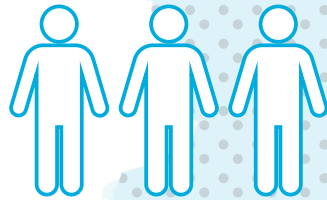
Wir freuen uns, mit Ihnen dazu ins Gespräch zu kommen.

Ihre

Burkhard Landers
Präsident

Dr. Stefan Dietzfelbinger
Hauptgeschäftsführer

Auf einen Blick: Der Niederrhein in Zahlen



1,3 Mio.

Einwohner



420.000

sozialversicherungspflichtige
Beschäftigte, davon ...



18 % im
Gesundheits- und Sozialwesen

17 % im

Verarbeitenden Gewerbe



15 % im Handel



7 % in



Verkehr und Logistik

knapp

20.000

Auszubildende




12 Mio.

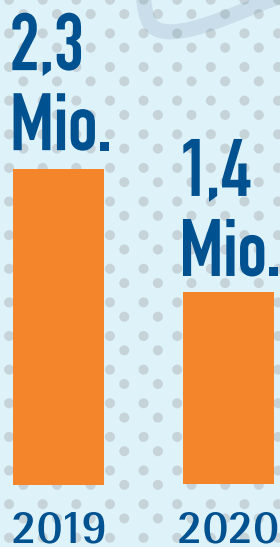


Tonnen Stahlproduktion (2020)

= ein Drittel der deutschen Stahlproduktion

UMSATZSTÄRKSTE INDUSTRIEBRANCHEN:

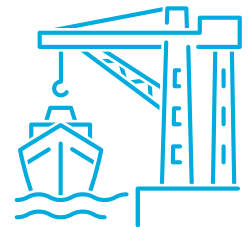
- Stahlindustrie, 
- Chemie, 
- Nahrungs- und Futtermittel, 
- Maschinenbau 



ÜBERNACHTUNGEN IN DER REGION



80 %



der Tonnage,
die auf dem Rhein insgesamt
transportiert wird, passiert den
Grenzübergang in Emmerich.
Ein Drittel davon wird am
Niederrhein umgeschlagen.

Was die Wirtschaft am Niederrhein braucht

11 Forderungen an die Bundespolitik

- 01.** Die Kräfte der Wirtschaft entfesseln
- 02.** Weniger Bürokratie, weniger Belastungen durch Steuern und Abgaben, weniger Regulierung
- 03.** Fachkräfte sichern, Qualifizierung und Ausbildung stärken und modernisieren
- 04.** Die Industrie bei der grünen Transformation unterstützen
- 05.** In Infrastruktur investieren, schneller planen, zügiger bauen
- 06.** Stärker auf Wasserstraßen, Häfen und Schienen setzen
- 07.** Mehr Raum für Innovationen schaffen
- 08.** Offene Grenzen – freier Handel
- 09.** Innenstädte als wirtschaftliche Zentren stützen
- 10.** Duisburg und den Niederrhein zur 5G-Modellregion machen
- 11.** Tourismusregion Niederrhein beim Neustart unterstützen

01.

Die Kräfte der Wirtschaft entfesseln

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie innovativ und handlungsfähig unsere Unternehmen sind und wie schnell sie sich auf neue Gegebenheiten einstellen können. Die Betriebe haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Hygieneregeln und Infektionsschutz für die Menschen so schnell selbstverständlich wurden. Gleichzeitig mussten einige Bereiche der Wirtschaft immer wieder schließen. Handel, Reisebüros, Caterer oder Eventagenturen können seit Monaten wenig oder gar kein Geschäft machen. In der Pandemie hat der Staat vielen Unternehmen geholfen. Jetzt geht es darum, die Kräfte der Wirtschaft zu entfesseln und so Perspektiven zu eröffnen.



Kurzfristig gefragt sind weiterhin Konzepte und Unterstützung für Bereiche, die darauf angewiesen sind, wie z. B. die Innenstädte. Unser langfristiges Ziel muss es sein, die staatlichen Einflüsse, Beteiligungen und Eingriffe auf das Notwendige zurückzufahren. Es sollten gezielt mehr Anreize für Investitionen, für Forschung und Entwicklung gesetzt werden. Digitalisierung und Bürokratieabbau müssen beschleunigt werden.

Die Sanierung der kommunalen Haushalte wird eine große Aufgabe: Viele Kommunen haben sich während der Pandemie verschuldet, um ausgefallene Einnahmen zu ersetzen. Die Haushalte zu sanieren, darf nicht zusätzlich zu Lasten der Unternehmen gehen. Auch das Thema der „Altschulden“ sollte nun angegangen werden. Dabei dürfen die Kommunen, die gut gewirtschaftet haben, nicht benachteiligt werden.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Einen Post-Corona-Aufbau-Plan entwickeln.
- Staatliche Beteiligung und Einflussnahme zurücknehmen, d.h. auch Beteiligungen zurückfahren.
- Überschuldeten Kommunen Handlungsfähigkeit sichern.

02.

Weniger Bürokratie, weniger Belastungen durch Steuern und Abgaben und weniger Regulierung

Gewerbe- und Vertragsfreiheit sowie freier und fairer Wettbewerb sind Voraussetzungen für Innovationen und wirtschaftlichen Erfolg. Besonders zur Abmilderung der Folgen der Pandemie ist entscheidend, die innovativen Kräfte der Unternehmen zu stärken. Bürokratie dagegen verhindert Geschäftschancen. Das gilt besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Bürokratie auf ein Maß zu reduzieren, das auch diese Betriebe leisten können.

Erfolgreiches Wirtschaften erfordert ein einfaches, gerechtes, transparentes und wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Dafür ist es wichtig, dass Bemessungsgrundlagen zielgenau und Steuersätze wettbewerbsfähig sind. Eine möglichst gerechte Besteuerung brauchen wir auch international, um Wettbewerbs-Nachteile zu vermeiden. Eine Unternehmenssteuerreform ist deshalb nötig. Sie sollte das Ziel haben, die Steuerbelastung für alle Unternehmen auf maximal 25 Prozent zu begrenzen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie stark die Verwaltungen gefordert sind, digitaler zu werden. Der Online-Zugriff auf Verwaltungsleistungen kann die Unternehmen unterstützen. Deutschland muss hier mehr von Nachbarländern wie den Niederlanden lernen. Auch das Planungsrecht braucht ein Update für das 21. Jahrhundert: Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schlanker und digitaler werden.



Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Unternehmenssteuern vereinfachen und senken.
- „One in, one out“ als Mindeststandard konsequent umsetzen, d. h.: Beschließt die Bundesregierung eine Regelung, die die Wirtschaft belastet, muss sie an anderer Stelle eine größere Entlastung schaffen.
- Unternehmerhaftung auf den Einflussbereich der Unternehmen beschränkt halten. Unternehmen nicht jenseits ihres unmittelbaren Einwirkungsbereichs zur Verantwortung ziehen.
- Die Digitalisierung der Verwaltungen forcieren.

03.**Fachkräfte sichern, Qualifizierung und Ausbildung stärken und modernisieren**

Unternehmen brauchen qualifizierte Fachkräfte. Die duale Ausbildung ist hierfür der wichtigste Grundpfeiler. Millionen Jugendliche in Deutschland erhalten durch die Ausbildung eine berufliche Perspektive. Um auch zukünftig eine attraktive und leistungsfähige duale Ausbildung zu gewährleisten, müssen:

- Ausbildungsordnungen schneller modernisiert werden – gerade mit Blick auf die Digitalisierung,
- weiter berufstypische, moderne und bundeseinheitliche Prüfungen erfolgen,
- Schüler noch stärker zu den Chancen durch die Berufsausbildung beraten werden,
- Unterricht und Prüfungen auch digital effizienter gestaltet werden,
- die ehrenamtlichen Tätigkeiten der Prüfer stärker anerkannt werden.



Fachlich qualifizierte Zugewanderte können helfen, den Fachkräfte-Mangel zu mildern; ihnen sollten wir eine verlässliche auch zeitliche Perspektive eröffnen. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss weiter gestärkt werden.

Die Weiterbildung im Beruf wird immer wichtiger. Berufstätige müssen sich leichter weiterbilden können. Der Staat kann dies durch Anreizmechanismen unterstützen.

**Was auf Bundesebene zu tun ist:**

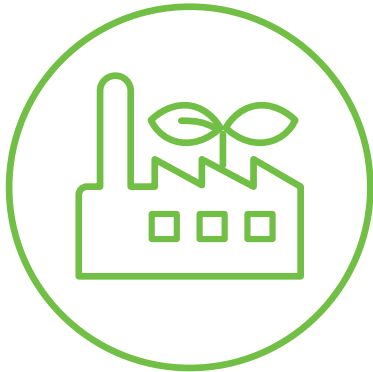
- Die duale Ausbildung stärken.
- Die Zuwanderungsregeln für qualifizierte Nicht-EU-Bürger weiter erleichtern.
- Mehr Anreize für die lebenslange Weiterbildung setzen.

04.**Die Industrie bei der grünen Transformation unterstützen**

Die Industrie ist der Wirtschaftsmotor in unserer Region. Auf den Niederrhein entfallen rund neun Prozent des Energieverbrauchs der deutschen Industrie. In keiner anderen Region Deutschlands sind die Unternehmen stärker auf eine zuverlässige und wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffversorgung angewiesen. Damit die grüne Transformation in der Industrie gelingt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Unsere Unternehmen brauchen Strom und Wasserstoff aus erneuerbaren Energien in ausreichenden Mengen und zu bezahlbaren Preisen. Dafür ist es nötig, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu reformieren und das Abgaben- und Umlagensystem zu überprüfen.

Für die Wirtschaft ist wichtig, die Leitungs- und Pipeline-Infrastruktur zeitnah auszubauen. Für den Niederrhein ist der Zugang zu Wasserstoff aus den Niederlanden und Norddeutschland besonders wichtig. Es gilt, strategische Industrien, wie

die Stahlindustrie in Deutschland wettbewerbsfähig zu halten und gleichzeitig neue wichtige Industrien anzusiedeln. Die Stahlindustrie wird weitere Unterstützung benötigen, um auch zukünftig in Deutschland produzieren zu können. Um den Industriestandort weiterzuentwickeln, machen wir uns dafür stark, bei den Menschen für mehr Akzeptanz für Projekte und Anlagen zu werben.



Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Das EEG reformieren.
- Mehr finanziellen und politischen Einsatz für die grüne Transformation der Industrie. Den Niederrhein zum Hydrogen Valley machen.
- Weitere Unterstützung für die Stahlproduktion in Deutschland sicherstellen.
- Den Aufbau der Wasserstoff-Pipeline-Infrastruktur fördern, Lückenschlüsse ermöglichen und die Umstellung des L-Gas-Netzes beschleunigen.

CO₂

Potenziale für CO₂-Einsparungen

Die Wirtschaft setzt sich dafür ein, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Entscheidende Pfeiler dafür sind: lokal zu produzieren und die Infrastruktur vor Ort in Stand zu halten. Wichtig ist, dass die Industrietransformation hin zu Wasserstoff gelingt. Zudem gilt es, stärker auf Schienen und Wasserstraßen zu setzen. Der Niederrhein bietet hierfür optimale Voraussetzungen.

Mehr als 2.000 Lkw-Ladungen pro Tag

können durch die **Sohlenstabilisierung des Rheins** von der Straße auf die Wasserstraße verlagert werden. Das entspricht einer durchgängigen Lkw-Kolonnen von Duisburg bis Gelsenkirchen.

Rund 7 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr

können durch die schrittweise **Dekarbonisierung der Stahlproduktion** schon 2030 am Niederrhein eingespart werden. Das entspricht 30 % des CO₂s in der Stahlproduktion.

2.000 bis 4.000 Tonnen CO₂ pro Jahr

spart jedes **Kieswerk** am Niederrhein, das in der Nähe der Endkunden Kies gewinnt, allein schon wegen der kürzeren Transportwege.

85 % des CO₂s

lassen sich für jede Tonne sparen, die dank der **Betuwe-Linie** über die Schiene, statt über die Straße transportiert werden wird.

15 Tonnen CO₂ pro Tag

lassen sich sparen, wenn die Stauzeit auf der **A40-Brücke** durch den Neu- und Ausbau um fünf Minuten sinkt.



05.

In Infrastruktur investieren, schneller planen, zügiger bauen

Der Niederrhein liegt im Herzen des Ballungsraums Rhein-Ruhr. Hier leben rund zehn Millionen Menschen. Täglich nutzen Millionen Pendler Straßen und Schienenwege. Hinzu kommen Wirtschafts- und Transitverkehre. Wir sind der wichtigste Logistik-Hub in Westeuropa mit dem größten Binnenhafen Europas.

Gleichzeitig steht der Region besonders im Umfeld von Häfen und Industriearealen ein Jahrzehnt der Baustellen bevor, so z. B.:

- der Neubau der A40-Rheinbrücke,
- der sechsspurige Ausbau der A59 inklusive Neubau der Berliner Brücke und
- der A3-Umbau am Kreuz Kaiserberg inklusive Neubau der DB-Brücke.



Für die Zukunftsperspektiven der Unternehmen am Niederrhein müssen diese Projekte zügig und gut koordiniert umgesetzt werden. Die Corona-Pandemie darf diese Projekte nicht verzögern. Ein übergreifendes Baustellenmanagement sowie ein Masterplan Rheinbrücken sind dafür wichtig. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller und weniger aufwendig werden. Bei der Auftragsvergabe sollten Anreize für schnelleres Bauen gesetzt werden. Außerdem darf der Übergang zur Autobahn GmbH des Bundes nicht dazu führen, dass laufende und geplante Projekte sich verzögern.

Die Flughafenstandorte haben in der Pandemie besonders gelitten. Den Wettbewerb verzerrende Regelungen und Hilfen im nationalen und grenznahen Vergleich müssen beseitigt werden.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Die gesetzlichen Regelungen für Planungsprozesse weiter vereinfachen und das Baustellenmanagement verbessern.
- Zusätzliche Mittel für die Infrastrukturinstandsetzung bereitstellen.
- Den Bundesverkehrswegeplan 2030 rechtzeitig fortschreiben sowie einen Masterplan Rheinbrücken erstellen.

06.

Stärker auf Wasserstraßen, Häfen und Schienen setzen

Mit dem größten Binnenhafen Europas in Duisburg sowie den Häfen in Wesel und Emmerich hat der Niederrhein einen wesentlichen Anteil daran, dass weniger auf den Straßen transportiert werden muss. Gleichzeitig wird immer noch zu wenig getan, um die Wettbewerbsfähigkeit des Systems Wasserstraße zu verbessern.

Für den Erfolg von Häfen und Unternehmen am Niederrhein ist es wichtig, folgende Projekte zügig umzusetzen:

- Sohlenstabilisierung des Rheins zwischen Duisburg und Stürzelberg wie im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen,
- Sanierung von Schleusen und Kanälen, Anhebung der Brücken im Kanalnetz für den dreilagigen Containerverkehr,
- Realisierung der Betuwe-Linie (Anbindung an Seehafen Rotterdam) und „3RX“ (Anbindung an Seehafen Antwerpen).



Mit dem Testfeld RheinRuhr Duisburg schaffen Schifffahrtsbranche, Verloader und Wissenschaft die Grundlagen, um bis 2030 das erste autonom fahrende Binnenschiff zu starten.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Planungen Sohlenstabilisierung des Rheins beschleunigen, frühzeitig Bürger- Beteiligung ermöglichen.
- Die Kanäle und Schleusen schneller sanieren.
- Die Automatisierung der Hafenlogistik, das autonome Fahren in der Binnenschifffahrt und die Modernisierung der Flotte durch Förderprogramme beschleunigen. Das Testfeld Rhein-Ruhr stärken.

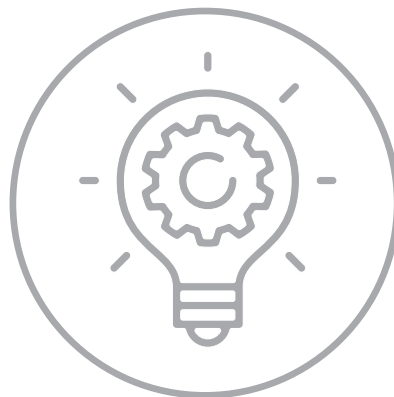
07.**Mehr Raum für Innovationen schaffen**

Der Niederrhein verfügt über eine starke Innovations- und Forschungslandschaft. Die Hochschulen, die Universität mit ihren technischen Instituten und die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen sind für die Wirtschaft wichtige Partner im Wettbewerb der Ideen. Ohne Innovationen ist Erfolg im globalen Wettbewerb nicht nachhaltig. Besonders erfolgreich ist die Region in den Bereichen Logistik, Metallverarbeitung, Energieforschung, aber auch künstlicher Intelligenz oder 3D-Druckverfahren.

Kleine und mittlere Unternehmen benötigen gezielte Hilfen, um einfachen Zugang zu Wissen und Innovationen zu erhalten. Bürokratie, z. B. zeitaufwändige und kostspielige Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, sind zusätzliche Hürden. Sie erschweren das Wachstum von innovativen Unternehmen. Start-ups sind darauf angewiesen, dass sie Know-how-Träger an sich binden. Dieses geschieht häufig nicht nur durch das Gehalt, sondern durch Beteiligung an dem Unternehmen. Die aktuelle Besteuerung macht Teilhabemodelle unattraktiv und ist eine von vielen Start-up-Hürden, die reformiert werden sollten. Innovationsnetzwerke, Technologiezentren, Living Labs und Entwicklungszusammenarbeit aufzubauen und zu fördern, sollten vorrangiges Ziel der Förderung sein.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Die bürokratischen Hürden gerade für Innovationen auf den Prüfstand stellen.
- Direkte Mitarbeiterbeteiligung an Start-ups erleichtern.
- Strukturförderung beim Aufbau von Innovationsnetzwerken – Neue Inkubatoren am Niederrhein ansiedeln.



08.

Offene Grenzen – freier Handel

Die gemeinsame Grenze mit den Niederlanden prägt unsere Region und ihre Wirtschaft. Am Niederrhein zeigt sich die enge Beziehung zu einem der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Wir setzen uns dafür ein, die Durchlässigkeit der Grenze weiter zu fördern. Dazu zählt auch, sich als Chancenraum zu begreifen, der gemeinsame Pilotprojekte und grenzüberschreitende Projekte voranbringt. Diese Kooperationen stärken die Widerstandsfähigkeit unserer Region.



Durch die „Neue Seidenstraße“ wächst auch die Verbindung unserer Region nach China. Die Schienenverbindung vernetzt nicht nur die Warenströme, sondern schafft auch Investitionspotenziale auf beiden Seiten. In die internationale wirtschaftliche Verknüpfung unserer Region muss zukünftig weiter intensiviert werden. Dazu trägt eine schnelle Umsetzung überregionaler Infrastrukturvorhaben bei Wasserstraße, Schiene, Brücken und Straßen sowie im Luftverkehr entscheidend bei. Zudem gilt es, bürokratische Hürden im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr weiter abzubauen.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Ein klares Bekenntnis zu offenen Grenzen und Freihandel.
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter stärken.
- Internationale Partnerprojekte fördern.

09.

Innenstädte als wirtschaftliche Zentren stützen

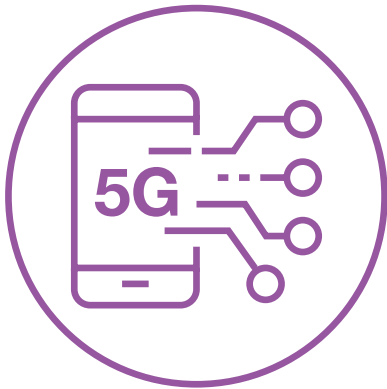
Unsere Innenstädte und Stadtteilzentren verändern sich. Die Corona-Pandemie hat den Strukturwandel unserer Zentren enorm beschleunigt. Deshalb braucht es gezielte Maßnahmen, um die Standorte aufzuwerten. Dazu gehört auch, das Planungsrecht zu flexibilisieren, um eine stärkere Nutzungsvielfalt zu fördern. Die Städtebauförderung des Bundes kann einen wichtigen Beitrag leisten. Mit Fördermitteln können die Innenstädte als wirtschaftliche Zentren gestützt werden. Besonders in Zeiten, in denen sich der stationäre Einzelhandel zurückzieht und Leerstände zunehmen, muss die Innenstadt durch Aufenthaltsqualität, Authentizität, Nutzungsvielfalt und Individualität überzeugen.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Die Innenstädte als wirtschaftliche Zentren stärken.
- Die Städtebauförderung gezielt weiterentwickeln.
- Das Planungsrecht flexibler gestalten.



10.

Duisburg und den Niederrhein zur 5G-Modellregion machen

Damit Unternehmen im Wettbewerb bestehen können, brauchen sie ausreichende und leistungsfähige Glasfaser- und Mobilfunknetze. Das heißt: eine flächendeckende Gigabit-Infrastruktur. 5G-Netze sind eine der Voraussetzungen für autonomes Fahren, den Einsatz künstlicher Intelligenz und Machine-to-Machine-Kommunikation. Über besondere Entwicklungspotenziale verfügt unsere Region bei Hafen und Logistik. Gute Startbedingungen, um die Region ausgehend von den Häfen zu einer 5G-Region weiterzuentwickeln. Mit 6G wird der nächste Mobilfunk-Standard bald in den Startlöchern stehen. Die Akteure unserer Region (Hochschulen und Forschungsinstitute) sind in der Lage, Nutzungsperspektiven dafür zu entwickeln und auszutesten. Auch die öffentlichen Verwaltungen können dazu beitragen, die Attraktivität als moderner Unternehmensstandort zu steigern. Dafür müssen sie sich in den nächsten Jahren zu digitalen Vorreitern entwickeln. Genehmigungsverfahren für das Aufstellen von Funkmasten müssen schneller und unbürokratischer werden.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Den Aufbau der Gigabit-Infrastruktur mit einem 5G-Programm unterstützen.
- 5G-Modellprojekte in den Häfen fördern.
- Smart-City-Projekte unterstützen.

11.

Tourismusregion Niederrhein beim Neustart unterstützen

Die Tourismusbranche am Niederrhein zählt zu den verlässlichsten und dynamischsten Wachstumsfeldern. Mit rund 4.000 Betrieben ist das Gastgewerbe ein wichtiger Wirtschaftszweig und Arbeitgeber für die Region. Durch die Pandemie wurde ihre wirtschaftliche Existenz in Frage gestellt.

Damit die Branche auf der erfolgreichen Positionierung: „Niederrhein als Tourismusregion“ schnell aufbauen kann, braucht die Region eine Re-Start-Strategie.

Was auf Bundesebene zu tun ist:

- Weitere finanzielle Hilfsprogramme auflegen (z. B. Überbrückungshilfe IV).
- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes.
- Restart-Strategie inklusive Fördermittel für Tourismusregionen bereitstellen.



Impressum

Verleger und Herausgeber:
Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg
vertreten durch den Präsidenten Burkhard Landers
und den Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger
Mercatorstr. 22-24
47051 Duisburg
☎ 0203 2821-0
🌐 ihk-niederrhein.de

Ansprechpartner:
Niederrheinische IHK
Mercatorstr. 22-24, 47051 Duisburg
Ocke Hamann
☎ 0203 2821-263
@ hamann@niederrhein.ihk.de

Redaktion:
Olivia Strupp, IHK-Referentin Presse und Kommunikation
Steffen Hasenohr, IHK-Referent Presse und Kommunikation

Gestaltung:
WSBS DESIGN, Dortmund

Bildnachweis:
Luftbild Titelseite: © Peter Sondermann

Druck:
Linsen Druckcenter GmbH, Kleve

Stand: Juni 2021

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



**Niederrheinische Industrie-
und Handelskammer**
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg